

22. 09. 93

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Verkehr (16. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Dionys Jobst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ekkehard Gries, Horst Friedrich, Roland Kohn, Manfred Richter (Bremerhaven), Dr. Klaus Röhl und der Fraktion der F.D.P.
— Drucksache 12/4816 —

Höhere Attraktivität des Fahrradverkehrs

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Heide Mattischeck, Robert Antretter, Hans Gottfried Bernrath, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/2493 —

Förderung des Fahrradverkehrs

A. Problem

Der Fahrradverkehr hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Gerade für Kinder und Jugendliche ist das Fahrrad ein viel genutztes Verkehrsmittel. In Deutschland existieren nach Schätzungen ungefähr 60 Millionen Fahrräder. Da der Pkw auch im Entfernungsbereich von weniger als 5 km eingesetzt wird, besteht hier noch ein Potential für Verlagerungen gerade auch unter Umweltschutzgesichtspunkten. Folge des starken Fahrradverkehrs sind die Unfälle: 1991 wurden 70 900 Fahrradfahrer bei Unfällen verletzt, davon 925 tödlich. Im Bereich der Infrastruktur der Fahrradwege und der Verkehrssicherheit besteht durchaus Handlungsbedarf für weitere Verbesserungen.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird — nach vorheriger Würdigung ihrer bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich — aufgefordert, zusätzlich zu ihren bisherigen Bemühungen in verschiedenen Bereichen gemäß dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 12/4816 tätig zu werden.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß.

C. Alternativen

Förderung des Fahrradverkehrs gemäß dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/2493.

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Antrag auf Drucksache 12/4816 wird angenommen.
2. Der Antrag auf Drucksache 12/2493 wird abgelehnt.

Bonn, den 30. Juni 1993

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst

Vorsitzender

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Börsen (Bönstrup)

I.

1. Die Anträge auf Drucksachen 12/4816 und 12/2493 hat der Deutsche Bundestag in seiner 156. Sitzung am 30. April 1993 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verkehr sowie zur Mitberatung den Antrag auf Drucksache 12/4816 an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Antrag auf Drucksache 12/2493 an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus überwiesen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Anträge in seiner Sitzung am 30. Juni 1993 behandelt.

2. Der mitberatende Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat vorgeschlagen, die beiden Anträge zusammenzuführen. Der mitberatende Ausschuß für Wirtschaft hat empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 12/4816 zuzustimmen. Bezüglich des Antrags auf Drucksache 12/2493 hat der mitberatende Finanzausschuß empfohlen, die Vorlage abzulehnen. Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat vorgeschlagen, aus dem Antrag auf Drucksache 12/2493 diejenigen Elemente zur Verbesserung des Fahrradverkehrs herauszugreifen, für die der Bund zuständig ist und sie mit den entsprechenden Elementen des dem Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus nicht überwiesenen Antrags auf Drucksache 12/4816 zu verbinden. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat beschlossen, die Beratung der Anträge zu vertagen, bis ein interfraktioneller Antrag vorliege.

II.

1. Ziel des Antrags auf Drucksache 12/4816 ist es, die Aktivitäten der Bundesregierung in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Fahrradverkehrs zu würdigen und gleichzeitig sie aufzufordern, zusätzlich zu ihren bisherigen Bemühungen in weiteren Bereichen tätig zu werden.

Als besondere Aufgaben werden genannt:

- alle fünf Jahre Vorlage einer Bestandsaufnahme zur Situation des Fahrradverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland,
- die Bundesregierung sollte prüfen, ob eine Ergänzung der Straßenverkehrs-Ordnung um eine Radverkehrswegweisung sinnvoll ist,

- es sollte geprüft werden, ob die technischen Mindestnormen für Fahrräder verbessert werden sollten,
- die positive Aufklärungsarbeit staatlicher und privater Stellen zugunsten des Fahrrads als Verkehrsmittel soll gefördert werden und
- durch einschlägige Forschungsvorhaben sollte die Fahrradsicherheit und die Gebrauchstüchtigkeit weiter verbessert werden.

2. Der Antrag auf Drucksache 12/2493 stellt nach einer allgemeinen Zustandsbeschreibung für das Gebiet des Fahrradverkehrs zuerst allgemeine verkehrspolitische Zielsetzungen zur Förderung des Fahrradfahrens auf. Die Bundesregierung wird unter Benennung einer Reihe von Einzelpunkten aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden die Voraussetzungen für eine sichere Benutzung des Fahrrads nachhaltig zu verbessern. Weiterhin verlangt der Antrag ein Bund-Länder-Dringlichkeitsprogramm zur Verbesserung und Sicherheit des Fahrradverkehrs. Die Bundesregierung soll schnell Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur des Fahrradverkehrs ergreifen und zugleich soll die öffentliche Meinung zugunsten einer verstärkten Benutzung des Fahrrads gezielt beeinflußt werden. Abschließend wird die Bundesregierung unter Nennung einer Reihe von konkreten Einzelmaßnahmen aufgefordert, als Träger eigener Baulast und als Gesetzgeber diese als Empfehlungen bei der Durchführung der Maßnahmen zu berücksichtigen. Sie soll sich zugleich dafür einsetzen, daß entsprechende Zielsetzungen auch bei den Baumaßnahmen von Ländern und Gemeinden verfolgt werden.

III.

1. Im Ausschuß für Verkehr besteht Übereinstimmung in der Einschätzung der Bedeutung des Fahrradverkehrs für einen umweltfreundlichen Nahverkehr. Der Fahrradverkehr sollte auch durch entsprechende Maßnahmen der Bundesregierung weiter gefördert werden.

Beide vorliegenden Anträge sind in ihren Zielen sehr ähnlich. Beide propagieren eine stärkere Benutzung des Fahrrads, betonen die Verlagerungsmöglichkeiten des Auto- auf den Fahrradverkehr zur Umweltentlastung und wollen die Tendenz umzusteigen fördern. Hierfür halten die Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die in dem Antrag auf der Drucksache 12/4816 (s. o. II. 1.), die Vertreter der SPD dagegen die in dem Antrag auf der Drucksache 12/2493 (s. o. II. 2.) genannten Zielsetzungen und Maßnahmen für not-

wendig und sachgerecht. Einer Zusammenführung der beiden Anträge stimmen die Vertreter der SPD nicht zu, da ihnen die angebotenen Übernahmen aus ihrem Antrag nicht ausreichen.

2. Der Ausschuß hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., bei Enthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 12/4816 zuzustimmen.

Der Ausschuß hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, bei Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 12/2493 abzulehnen.

Bonn, den 30. Juni 1993

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Berichterstatter

